



Bundestag beschließt Haushalt für 2022

Unionfraktion fordert Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aber mit solider Finanzierung

Die Ampel-Koalition will in diesem Jahr fast 500 Milliarden Euro ausgeben. Rund 140 Milliarden davon sollen durch neue Schulden finanziert werden, was die CDU/CSU-Fraktion entschieden ablehnt. Aus Unions-sicht könnte die Neuverschuldung auf 50,8 Milliarden Euro gesenkt werden.

Die Menschen leiden unter der höchsten Inflation seit Jahrzehnten. Doch statt den wirklich Bedürftigen zu helfen, schüttet die Ampel-Koalition das Geld mit der Gießkanne aus. Manchmal vergisst sie sogar diejenigen, die Unterstützung am nötigsten haben: So gehen Rentner und Studenten bei der Energiepreispausechale leer aus.

Die Unionsfraktion würde die Bürger gezielt entlasten. 40 Milliarden Euro würde sie dafür bereit stellen. Sie würde dafür sorgen, dass Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto in der Tasche haben. Sie würde Zuschüsse für Familien und Kinder erhöhen. Sie würde Alleinerziehenden unter die Arme greifen. Sie würde Pendler steuerlich stärker unterstützen und den Soli vollständig



Josef Rief bei der Haushaltsdebatte am Donnerstag im Plenum

abschaffen.

Die Unionsfraktion kann rechnen. Sie würde die 40 Milliarden aus einer Rücklage nehmen – einer Art Spardose, die bislang ungenutzt herumsteht. Wann, wenn nicht jetzt – wenn das Land unter dem Krieg in der Ukraine und den Nachwehen von Corona leidet – sollte man dieses Geld ausgeben? Die Unionsfraktion hat im Haushalt auch eine Reihe von Sparmög- Seite 2

Riedlinger Schalömlle-Projekt besucht Bundestag

Jugendliche Teilnehmer am „Schalömlle“-Antisemitismus-Projekt aus Riedlingen haben gemeinsam mit Bürgermeister Marcus Schafft in dieser Woche den Bundestag besucht. Im Rahmen des Projekts wird sich mit jüdischem Leben und Antisemitismus auseinandergesetzt. Es stand auch eine Bildungsreise nach Berlin auf dem Programm. Josef Rief zeigte sich vom regen Austausch mit den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern begeistert. Im Schalömlle-Projekt werden die Jugendlichen in Workshops herausgefordert, sich über verschiedene Zugänge mit Antisemitismus und jüdischem Leben auseinanderzusetzen. Die Partnergruppe aus Israel dient dabei als Austausch- und Kooperationspartner. Durch persönliche Begegnungen können so Berührungspunkte abgebaut werden. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

lichkeiten entdeckt. Die Neuverschuldung könnte um 88 Milliarden Euro gesenkt werden – so die Überzeugung der Union.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Zahlen müssen unsere Kinder und Enkel. Die können sich dann nichts mehr leisten: keine gute Infrastruktur, keine modernen Schulen, keinen Netzausbau – was nötig ist, um sein Leben erfolgreich zu gestalten.

Am Donnerstag der Haushaltswoche debattierte der Bundestag auch den Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums, den die Ampel für das laufende Jahr um 7,4 Prozent reduziert. Die Bundesregierung streicht an wichtigen Stellen und zeigt damit ihre mangelnde Wertschätzung für die Landwirtinnen und Landwirte und den ländlichen Raum insgesamt.

So wird unter anderem der Zuschuss für die Unfallversicherung der Landwirte so stark gekürzt, dass die Betriebe mit einer Beitragserhöhung in der Berufsgenossenschaft von mindestens 18 Prozentpunkten rechnen müssen — in der aktuellen Krisensituation das völlig falsche Signal! Des Weiteren wird das Investitionsprogramm Landwirtschaft, mit dem Bauern bei der Anschaffung moderner, umweltfreundlicher Technik unterstützt werden sollen, um insgesamt 67 Mio. Euro verringert. Auch ein Anteil des Bundesprogramms ländliche Entwicklung (BULE) steht auf der Streichliste der Ampel. Stattdessen steigen die Personalausgaben des Ministeriums in 2022 um über 65 Mio. Euro an. Investitionen zu mehr Tierwohl oder zum Stallumbau, die der Minister mehrfach angekündigt hatte, sucht man im aktuellen Haushalt vergeblich.

In der Debatte, die Josef Rief als Haushälter der Union für diesen Einzelplan begann, forderte er Bundesminis-

ter Özdemir auf, endlich seiner Verantwortung gerecht zu werden und etwas gegen die Hungerkatastrophe in Afrika zu tun, die durch den Ukrainekrieg drohe. Es reiche nicht aus, hinter den Möglichkeiten zurück zu bleiben, die die EU gewähre. Möglich wäre etwa, auf ökologischen Vorrangflächen und auch auf ackerfähigem Grünland mehr Brotgetreide anzubauen. Andere Länder wie Österreich machten dies. In Deutschland sei lediglich der Anbau von Futtermitteln ohne Pflanzenschutz erlaubt worden. Das werde der aktuellen Herausforderung nicht gerecht, so Rief.

Rief beklagte auch die Ungewissheit bei der Verteilung der 60 Mio. Euro EU-Hilfsgelder für die Landwirtschaft, die der Bund um 120 Mio. Euro aufstocken will. Bisher sei aus dem Landwirtschaftsministerium nur bekannt, dass Ackerbaubetriebe und Milchviehhalter von der Hilfe ausgeschlossen werden sollen. Die Union hatte bereits in den Ausschussberatungen eine schnelle Hilfe für alle Bauern in der Form vorgeschlagen, dass über einen Zuschuss zum Agrardiesel die Landwirtschaft bei den hohen Energiekosten direkt entlasten würde. Das hatte die Ampel abgelehnt.

Der zusammengestrichene Agrarhaushalt wird den Herausforderungen weder für die heimische Landwirtschaft noch für die weltweite Ernährungssicherheit in der aktuellen Situation gerecht. ■

Bundshaushalt 2022

Gesamtausgaben: 495,79 Mrd. Euro

Neuverschuldung: 138,94 Mrd. Euro

Geplante Steuereinnahmen: 328.43 Mrd. Euro

Sondervermögen Bundeswehr 100 Mrd. Euro

Neue Personalstellen der Bundesreg.: 9.600

100 Mrd. Sondervermögen Bundeswehr beschlossen

Als größte Oppositionspartei war es uns ein Anliegen, den Prozess um die Ausgestaltung des Sondervermögens konstruktiv mitzugestalten. Da eine Grundgesetzänderung nötig ist, war die Bundesregierung auf unsere Mitarbeit angewiesen. Diese Chance haben wir genutzt, um sicherzustellen, dass das Geld genau dort ankommt, wo es gebraucht wird: nämlich bei der Bundeswehr.

Die Finanzierung von anderen sicherheitspolitischen Aufgaben darf den Sonderhaushalt nicht verwässern. Außerdem werden die Beschaffungsvorhaben in einem Wirtschaftsplan aufgelistet und der Haushaltsausschuss

wird die Ausgaben überwachen. So stellen wir sicher, dass das Geld nicht einfach mit der Gießkanne verteilt wird, sondern zum größtmöglichen Nutzen der Bundeswehr eingesetzt wird. Schon allein aus Gründen der Generationengerechtigkeit war uns außerdem ein Tilgungsplan wichtig. Uns ist es auch zu verdanken, dass künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden. Damit hält sich Deutschland endlich auch international an seine Verpflichtungen. Wie nötig die Anpassung der Verteidigungsausgaben ist, zeigt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. ■